

SÜDKURIER

ISRAEL

Der Musterknabe randaliert



Israel galt lange Zeit als demokratische Insel im Nahen Osten. Dieses Gütesiegel verspielt das Land zunehmend. Es wird immer autoritärer.

VON CHARLES LANDSMANN, TEL AVIV

Israel verkommt unter Benjamin Netanjahu von einer zerbrechlichen Demokratie zu einer faschistisch angehauchten Gesellschaft, in deren Politik radikale Siedler und fanatische Ultra-religiöse die Leitlinien vorgeben. „Die einzige Demokratie im Nahen Osten“, als die sich Israel bisher bezeichnete, ist keine mehr. Oder höchstens eine mit minimalen ethischen Ansprüchen.

Es genügt eben nicht, alle vier Jahre – oder in der israelischen Praxis meistens Jahre weniger – die Knesset, das 120-köpfige Parlament, neu zu wählen. Unter anderem nehmen an diesen Wahlen Parteien teil, die in wahren Demokratien schlicht als illegal und damit verboten erklärt würden, seien es Führerparteien oder solche, in denen ein greiser Geistlicher ohne irgendwelche demokratische Qualifikation bindende Befehle an die Abgeordneten erteilt und seinen Willen von oben nach unten durchreichen lässt.

Der ehemalige Ministerpräsident und Ex-Generalstabschef Ehud Barak hat an diesem Wochenende „faschistische Funken“ in Israels Gesellschaft erkannt. Der Generalmajor und ehemalige Vizechef des Mossad-Geheimdienstes, Amiran Levin, sprach offen von der faschistischen Gefahr, nachdem schon der Schriftsteller David Grossman vor „faschistischen Gesetzen“ gewarnt hatte. Nach unzähligen besorgten Kommentaren der letzten Zeit erklärt sich nun praktisch die gesamte Armee- und Geheimdienstspitze höchst besorgt über den moralischen Niedergang der Gesellschaft, der sich auch in ihren Truppen niederschlägt.

Als kürzlich ein nationalistischer Soldat einen schwerverletzt und wehrlos am Boden liegenden palästinensischen Messerstecher erschoss, distanzierten sich entsetzt die direkt verantwortlichen Offiziere ebenso wie die Armeespitze davon. Der Todesschütze wurde vor Gericht gestellt. Der bisherige Verteidigungsminister Mosche Yalon

sprach von einem gefährlichen Absturz der ethischen Basis in der Armee und selbst Netanjahu zeigte sich zuerst entsetzt, weil er an den Schaden für das ohnehin miese Ansehen des jüdischen Staates im Ausland dachte.

Doch dann rief der Regierungschef den Vater des Täters an und ermunterte ihn, und Hunderttausend aktive und ehemalige Soldaten erklärten sich im Internet solidarisch mit diesem. Zur Prozessöffnung erschien der neue Verteidigungsminister Avigdor Lieberman, um gegen die Anklagerhebung zu demonstrieren. Es ist für diese Verantwortlichen offenbar normal, dass ein Soldat auf einen Wehrlosen schießt.

Ein Minister läuft Amok

Nachdem Lieberman in den Koalitionsverhandlungen seine erste Hauptforderung, den Anspruch auf das zweitwichtigste Amt im Staat, durchgesetzt hatte, ließ er seine zweite Forderung fallen: Die Todesstrafe für Terroristen. Diese wird nicht eingeführt. Derselbe Lieberman hat Ägypten mit der Bombardierung des Assuan-Staudammes gedroht und dem faktischen Chef des Gazastreifens, dem Araber Ismael Haniyeh, die persönliche Liquidierung innerhalb von zwei Wochen angekündigt.

Dass er zusammen mit dem einzig auf Machterhalt konzentrierten Netanjahu ab sofort nicht nur über Krieg und Frieden entscheiden wird, sondern neue militärische, aber auch zivile Normen festlegen kann, löst in weiten Teilen der Bevölkerung Sorgen aus. Den letzten Israel-Freunden im Ausland dürfte es ganz ähnlich gehen.

„Dies ist das schönste Geschenk, das man der Israel-Boykott-Bewegung machen konnte“, tönt es am Sonntag von einem für Israel werbenden Ex-General aus Los Angeles. Für ein Erdbeben sorgte Roni Daniel, der wegen seiner sturen pro-Armee-Haltung umstrittene Militärkorrespondent des führenden Fernsehsenders „Kanal 2“. Zur besten Sendezeit am Wochenende verkündete der bisherige Super-Patriot, er habe die Schnauze voll: „Der Geist im Staat bringt mich dazu zu sagen ‚Genug, es geht nicht mehr nach dieser Woche‘. Ich bin nicht sicher, ob ich will, dass meine Kinder hier bleiben.“

politik@suedkurier.de



Merkel macht Druck. JANSON

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 • 2012 • 2014
European Newspaper Award 2011 • 2012 • 2013 • 2014 • 2015 • 2016

Chefredakteur: Stefan Lutz
Stellvertretende Chefredakteure: Günter Ackermann, Torsten Geiling
Leitende Redakteure: Dieter Löffler, Margit Hufnagel, Sebastian Pantel
Politik und Hintergrund: Dieter Löffler;
Wirtschaft: Peter Ludäscher; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Ralf Mittmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Rainer Wiesner
Verlagsleitung: Michel Bieler-Loop
Anzeigen: Michael Schmierer
Vertrieb: Svenja Grampier
Zustellung: Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Internet: http://www.suedkurier.de
http://www.suedkurier-medienhaus.de
E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de
anzeigen@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADE3333
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 84 vom 01. 01. 2016 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

NACHRICHTEN

GESAGT IST GESAGT

„Gerade weil die AfD und der ZMD so unterschiedliche Positionen haben, müssen wir miteinander reden.“

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime (ZMD). Er trifft sich heute mit der AfD

„Wir sehen wesentliche Errungenschaften der Aufklärung in Gefahr, wenn wir diesen Weg der unregelmäßigen Migration, verbunden mit dem Import eines religiösen Radikalismus weitergehen.“

Frauke Petry, AfD-Vorsitzende, schlägt vor ihrem Treffen mit dem ZMD scharfe Töne an

„Wenn wir Europäer unsere eigenen, oft beschworenen Werte ernst nehmen, dann müssen wir zu unserer Mitverantwortung stehen – für die Aufnahme der Flüchtlinge ebenso wie für die Bekämpfung der Fluchtursachen.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU), in einem Interview

„Was mich irritiert, ist, dass ich manchmal fast so etwas wie eine Freude am Scheitern beobachte.“

Angela Merkel, CDU, ebenfalls in dem Interview

„Ich wünsche der Kanzlerin (...) aus vollem Herzen, dass sie Erfolg hat. Es ist nicht so, wie uns unterstellt wird, wir hätten Freude am Scheitern eines solchen Abkommens. Das ist absolut falsch.“

Horst Seehofer, CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident, gestern Abend

„Erst glaubte kaum jemand daran, dass die Vereinbarung kommt. Dann hielten die selbst ernannten Experten die Vereinbarung für nicht umsetzbar. Jetzt heißt es, sie werde sowieso scheitern.“

Frank-Walter Steinmeier, Außenminister (SPD), weist Zweifel am Bestand des EU-Flüchtlingspaktes mit der Türkei zurück

„Wenn heute Molotowcocktails fliegen, dann ist das ein Produkt Ihrer zündelnden Sprache und Ihrer Politik, Frau Petry. Wenn Menschen zu Schaden kommen, sind Sie dafür mitverantwortlich!“

Cemile Giousouf, Integrationsbeauftragte der Unions-Bundestagsfraktion, zur AfD-Chefin Frauke Petry

ONLINE HEUTE

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 20.05. Ist das Urteil der Richter aus Münster zum Kükentöten nachvollziehbar?

27,8% – Ja, es gibt einfach noch keine Alternativen.
72,2% – Nein, Küken zu töten ist unmoralisch.

Frage heute: Hat die Flüchtlingskrise die europäischen Gesellschaften gespalten?
www.suedkurier.de/umfrage

Zur Verbesserung der Druckqualität



Abstimmung über eine Utopie

- Schweizer entscheiden im Juni über ein Grundeinkommen
- Auch Finnen erwägen das bedingungslose Einkommen
- Einführung würde Menschen vom Verdienstdruck befreien

VON JAN DIRK HERBERMANN, GENÈVE UND THOMAS DOMJAHN

Zwei junge Männer sitzen in einer Bar direkt am Genfer See, sie genehmigen sich einen Cocktail und blinzeln in die Sonne. Einen festen Job haben die beiden Genfer Männer nicht. „Vielleicht können wir ja bald das Grundeinkommen beziehen“, sagt einer von ihnen grinsend. „Dann könnten wir es wirklich ruhig angehen lassen“, meint er, steht auf und bestellt noch ein Getränk. Tatsächlich: Die Schweizer entscheiden am 5. Juni über die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens – mit einiger Sicherheit werden die beiden jungen Männer aus der Bar am Genfer See mit Ja stimmen. In der Helvetischen Verfassung soll es nach einem landesweiten Ja heißen: „Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.“ Die Schweizer votieren damit als erste Bürger eines



„Ein Grundeinkommen würde uns auch erlauben, dass wir uns zwischendurch aus dem Wirtschaftskreislauf herausnehmen können.“

Ruth Schweikert, Schweizer Schriftstellerin

Landes an der Urne über ein utopisch anmutendes Konzept, das die marktwirtschaftliche Ordnung gehörig durcheinanderwirbeln könnte.

Die Regierung, das Parlament, die Wirtschaftsverbände und sogar der Gewerkschaftsbund lehnen das Grundeinkommen ab: Für viele ist es ein gefährlicher Schwindel. Die Befürworter jedoch streiten seit Jahren unbeirrt für die Idee. Allen voran der Basler Unternehmer und Bistro-Besitzer Daniel Häni, geistiger Vater der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Hänis Hauptargument: „Das Grundeinkommen ist sozial, es sichert jeden Menschen gegen Existenzangst ab.“ Alle Bewohner der Schweiz sollten ein menschenwürdiges Leben führen.

Gemäß dem Konzept zahlt der Staat jedem Erwachsenen rund 2500 Schweizer Franken pro Monat steuerfrei – egal ob er die Schweizer Nationalität hat oder eine andere. Einwanderer kämen

also auch in den Genuss des Geldsegens. Pro Kind soll der Staat rund 625 Franken auf das Konto der Eltern überweisen.

Verdient ein Angestellter bisher 6000 Franken im Monat, springt zukünftig der Staat ein und zahlt die ersten 2500 Euro als Grundeinkommen. Die restlichen 3500 Euro kommen weiter vom Arbeitgeber. Das Grundeinkommen soll andere öffentliche Zahlungen wie Rente, Arbeitslosengeld oder Kindergeld ersetzen, nur individuell höhere Ansprüche als das Grundeinkommen bleiben bestehen.

Initiant Häni erläutert: Das Grundeinkommen sei keine Bezahlung und an keine Gegenleistung geknüpft. Vielmehr handele es sich um ein „wirtschaftliches Bürgerrecht“. In den Broschüren der Initiative heißt es zudem über das Grundeinkommen: „Es ermöglicht mehr Innovation und Unternehmertum und bildet die Basis für mehr Chancengleichheit und Eigenverantwortung.“ Andererseits würde es den unbarmherzigen Leistungsdruck in der Welt des globalen Digital-Kapitalismus mildern. Die Zürcher Autorin Ruth Schweikert hofft: „Ein Grundeinkommen würde uns auch erlauben, dass wir uns zwischendurch aus dem Wirtschaftskreislauf herausnehmen können. Nicht jeder muss diesen Irrsinn dann ständig mitmachen.“ Die Initianten versprechen auch: Die Finanzierung des riesigen Experiments steht, da in der reichen Schweiz genügend Geld vorhanden sei. Der Staat müsse die Finanzen nur anders verteilen.

Ist die Finanzierung tatsächlich gesichert? Der größte Schweizer Wirtschaftsverband Economiesuisse sieht das völlig anders. „Für die Finanzierung eines derart umfassenden neuen Sozialwerks müsste die Schweiz jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag aufbringen“, warnt Rudolf Minsch, Chefökonom von Economiesuisse vor den Folgen des „illusionären Grundeinkommens“. Die „dafür nötigen Steuererhöhungen würden die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz schwer beschädigen“. In der Folge drohten etlichen Schweizern der Job-Verlust: Massenarbeitslosigkeit anstatt Utopie. Die Lobby-Gruppe der Wirtschaft befürchtet zudem, dass die Bereitschaft zu arbeiten erlahmen könnte. Ein garantiertes Mindestein-

„Das bedingungslose

Der Politikwissenschaftler Sven Jochem (Uni Konstanz) erklärt die ideologischen Grundlagen und möglichen Probleme bei der Umsetzung der Schweizer Initiative

Herr Jochem, hat die Initiative in der Schweiz Aussicht auf Erfolg?

Ich gehe nicht davon aus, dass die Initiative erfolgreich sein wird. Die Schweizer Bevölkerung hat bisher vorsichtig abgestimmt, wenn es um einschneidende sozialpolitische Reformen ging. So hat sie in der Vergangenheit die Einführung eines Mindestlohns und die Begrenzung von Manager-Gehältern mit großer Mehrheit abgelehnt. Im Nationalrat befürworten nur 14 von 200 Mitgliedern die Initiative. Insofern fehlt der Initiative der politische Rückhalt.

Was spricht aus philosophischer Sicht für ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ist so verrückt, dass sie schon fast wieder genial ist. Die Attraktivität dieser Idee liegt darin, dass sich

sowohl Vertreter des linken als auch des rechten politischen Spektrums in ihr wiederfinden können. Für die Liberalen ist es vor allem wichtig, dass der vermeintlich ausufernde Sozialstaat zurückgeschraubt und verschlankt wird. Die Linken wollen den Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt beenden und der vollständigen Ökonomisierung des Menschen und seiner Arbeit ein Schnäppchen schlagen. Sie wollen jedem Menschen – unabhängig vom Marktwert seiner Arbeitskraft – ein gutes Leben ermöglichen. Im Ideal des selbstbestimmten Lebens unabhängig von ökonomischen Zwängen finden sich die entgegengesetzten Pole des Liberalismus und des Sozialismus wieder. Der Mensch soll sich in seiner Arbeit verwirklichen. Hier gibt es eine Schnittmenge zwischen linken Theoretikern wie Karl Marx und liberalen Denkern wie John Stuart Mill.

Wer würde von einem bedingungslosen Grundeinkommen profitieren?

Auf den ersten Blick die unteren 10 oder 20 Prozent der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Aber ich könnte mir vorstellen, dass ein bedingungslo-



Die Schweizer Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen hat 15 Tonnen Fünf-Rappen-Münzen vor dem Schweizer Parlament in Bern ausschütten lassen. BILD: STEFAN BOHRER

kommen von 2500 Franken setzt nach Ansicht von Chefökonom Minsch „falsche Anreize“, gerade bei unteren Lohngruppen: „Es gibt nicht viele Gründe, weshalb jemand künftig noch einen Teilzeitjob für 2000 Franken im Monat ausüben soll, wenn er dadurch gar keinen oder nur einen minimalen Zusatzverdienst erzielt.“ Könnte also aus den emsigen Schweizern ein Volk der Faulenzer werden? Eine Umfrage, die das Boulevard-Blatt Blick zitiert, gibt Entwarnung: Danach würde nur jeder Fünfte bei Einführung des Grundeinkommens bestimmt aufhören zu arbeiten. Weitere acht Prozent würden „eher“ ihre Stelle kündigen.

Ein Modell auch für Deutschland?

In Deutschland hat die Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen bisher noch kaum Fahrt aufgenommen. Zwar gibt es einige prominente Befürworter der Idee (siehe Text rechts), doch das politische Establishment will von dem Konzept nichts wissen. Das bedingungslose Grundeinkommen sei „kein Thema des aktuellen Regierungshandelns“, sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie bevorzuge einen solidarischen Sozialstaat, der dann hilft, wenn Not bestehe. „Wir stehen den bisher diskutierten Modellen skeptisch gegenüber, da für uns Arbeit die zentrale Grundlage von Wohlstand und sozialer Sicherheit bleibt“, sagt Vizekanzler Sigmar Gabriel. „Ich glaube,

dass das bedingungslose Grundeinkommen von vielen missbraucht werden würde als eine Art Rente von Geburt an“, befürchtet FDP-Chef Christian Lindner. Deshalb vermutet der 37-Jährige, dass das Konzept den Praxistest nicht bestehen würde. „Ich denke, dass die Idee nur im Paradies funktioniert“, so der studierte Politikwissenschaftler und Philosoph.

Einzig die Piratenpartei, die 2012 in drei Landesparlamente einzog, heute bei Wahlumfragen aber keine Rolle mehr spielt, spricht sich klipp und klar für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. „Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist“ heißt es im Programm der auf digitale Themen spezialisierten Partei. So wie heute bereits die öffentliche Sicherheit, Verkehrswege und weite Teile des Bildungssystems ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, solle auch Existenzsicherung Teil der Infrastruktur werden, argumentieren die Piraten. Die Linke und die Grünen sind dagegen gespalten. Beide Parteien fordern zwar eine Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen, haben sich aber noch nicht eindeutig positioniert.

SK PLUS Warum unsere Kolumnist Roland Tichy das bedingungslose Grundeinkommen ablehnt: www.suedkurier.de/plus

Die Grundidee und ihre Umsetzung

1 Was ist die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens? Die Grundidee ist simpel: Jeder Bürger bekommt einen bestimmten Geldbetrag für seinen Lebensunterhalt, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Auch die Bedürftigkeit muss nicht nachgewiesen werden. Im Gegenzug fallen alle staatlichen Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld, das Kindergeld oder das Wohngeld weg. Das hätte den Vorteil, dass Verwaltungskosten extrem reduziert werden könnten. Keine Behörde müsste mehr in jedem Einzelfall prüfen, ob ein Bürger berechtigt ist, eine Sozialleistung in Anspruch zu nehmen. Hinzu kommt ein philosophisches Argument. Ein Grundeinkommen, argumentieren die Befürworter, würde jedem Bürger eine Würde verleihen und ihm mehr Freiheit geben. Niemand würde mehr stigmatisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, weil er sich auf dem Arbeitsmarkt nicht durchgesetzt hat und auf staatliche Leistungen angewiesen ist. Jeder Mensch könnte sich auf seine Weise selbst verwirklichen – sei es künstlerisch, handwerklich oder sozial – ohne dass diese Selbstverwirklichung zwingend auf dem Arbeitsmarkt stattfinden muss. Natürlich kann jeder Mensch sein Grundeinkommen durch klassische Arbeit aufstocken.

2 Wie hoch müsste das Grundeinkommen sein, um damit ein gutes Leben führen zu können? In Deutschland ist der Betrag von 1000 Euro in der Diskussion. In Finnland hingegen wird die Summe von 800 Euro diskutiert. In der Schweiz nennen die Befürworter einen Betrag von 2500 Franken für jeden Erwachsenen und 625 Franken für jedes Kind.

3 Woher stammt die Idee? Das bedingungslose Grundeinkommen geht mindestens bis auf den englischen Philosophen Thomas Morus (1478 bis 1535) zurück. „Es wäre besser, jeden mit einer Art Lebensunterhalt zu versorgen, damit niemand zu der grausigen Not gezwungen wird, zuerst ein Dieb und dann eine Leiche zu werden“, schrieb er in seinem Roman Utopia, der die Grundzüge einer idealen Gesellschaftsform entwickelt.

4 Ist das Konzept bereits umgesetzt worden? Nein, die Idee wurde noch nie in Reinform und im größeren Rahmen umgesetzt, auch wenn es zaghafte Ansätze unter anderem in Alaska, Brasilien und Indien gab. Finnland scheint derzeit bei der Umsetzung am weitesten zu sein, befindet sich derzeit aber noch in der Experimentierphase.

THOMAS DOMJAHN

Prominente Befürworter

➤ Götz Werner: Der dm-Gründer vertritt schon seit vielen Jahren das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens und hat schon mehrere Bücher zu dem Thema veröffentlicht. Dass die Menschen sich dank eines Grundeinkommens in die soziale Hängematte legen würden, glaubt er nicht. „Jeder Mensch will sich betätigen“, sagt Werner. Auch das Argument, dass bedingungslose Grundeinkommen sei nicht finanzierbar, hält er für ungültig. „Wir leben nicht vom Geld, sondern von den Gütern und Dienstleistungen, die wir hervorbringen“, so Werner. Das heutige Sozialsystem hält Werner für unbefriedigend. Empfänger von Hartz IV würden stigmatisiert, bevormundet und ausgegrenzt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde ihnen eine neue Perspektive geben.



➤ Timotheus Höttges: Der Telekom-Chef hält die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens für zukunfts-tauglich – gerade im digitalen Zeitalter, in dem viele traditionelle Arbeitsplätze gefährdet sind: „Wir müssen unsere Gesellschaft absichern. Deswegen die Idee des Grundeinkommens. Es könnte eine Lösung sein – nicht heute, nicht morgen, aber in einer Gesellschaft, die sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert hat“, sagt der 53-Jährige. Finanziert werden könnte es durch die Besteuerung der Gewinne großer Internetkonzerne. „Wenn Produktivität zukünftig vor allem an Maschinen und die Auswertung von Daten gekoppelt ist, könnte die Besteuerung stärker auf den darauf beruhenden Gewinnen aufbauen und weniger auf der Einkommensteuer des Einzelnen“, sagt Höttges.



➤ Sascha Lobo: Der Internet-Blogger aus Berlin mit dem markanten Irokesenhaarschnitt hält ein bedingungsloses Grundeinkommen für das richtige Instrument, um das Entstehen eines Prekariats von Digitalisierungsverlierern zu verhindern. „Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde viel Druck wegnehmen, viel Existenzangst mindern. Ich glaube, dass ein menschenwürdiges Sozialsystem vor allem die Aufgabe hat, Existenznot zu mildern und Existenznot eigentlich abzuschaffen.“ sagt der 41-jährige Experte für digitale Themen.



THOMAS DOMJAHN

Grundeinkommen wäre eine administrative Revolution“

Zur Person



Sven Jochem wurde 1966 in Balingen geboren. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Tübingen, Heidelberg und Stockholm. Seit 2011 lehrt er Politikwissenschaft an der Universität Konstanz. 2012 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind wohlfahrtsstaatliche Reformen in Europa, Politik und Gesellschaft in Skandinavien, die Debatte über Postdemokratie sowie Theorien sozialer Gerechtigkeit. (td)

Viele Gutverdiener haben den Wunsch, die Balance zwischen ihrer Arbeit und ihrem Privatleben wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir haben in den letzten Jahren viel über die sogenannte Generation Y, also die zwischen 1980 und 1999 geborenen Menschen, gesprochen. Würde ein bedingungsloses Grundeinkommen gerade das Lebensgefühl dieser Generation treffen?

Ja. Diese Generation würde auf die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens sicherlich anspringen. Ihr geht es um das Leben und nicht um die Arbeit als Selbstzweck. Sie wollen kein Leben in Saus und Braus, sondern eine Arbeit, mit der sie sich identifizieren können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte ihnen bei der Selbstverwirklichung mehr Freiheit geben.

Wäre die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verwaltungstechnisch stemmbar?

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine administrative Revolution. Es wäre eine Abwicklung von seit Hunderten von Jahren gewachsenen Struktu-

ren. Deshalb würde die staatliche Verwaltung einen erbitterten Widerstand leisten.

Wer sind neben der Verwaltung die großen Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens?

Die Gewerkschaften sind skeptisch, weil sie einen Teil ihrer Macht bei der Lohnfindung abgeben müssten. Auch die Wirtschaft wäre in einem Dilemma. Zwar würde sie den Bürokratieabbau begrüßen. Doch andererseits hätten die Arbeitnehmer mehr Macht, weil sie nicht mehr ihre Arbeitskraft zu jedem Preis vermieten müssten. Es würde deutlich schwieriger, Arbeitskräfte für Berufe zu finden, die nicht so trendy und postmodern sind, wie zum Beispiel die Arbeit für die Müllabfuhr oder eine Gebäudereinigungsfirma.

Was unterscheidet das Schweizer Modell vom finnischen Modell?

Das Schweizer Modell ist direkt-demokratisch entstanden und soll auf einen Schlag in die Verfassung aufgenommen werden. Das finnische Modell wurde von der Regierung angestoßen, von einer unabhängigen Kommission ent-

wickelt und soll nach und nach experimentell ausprobiert werden, sodass man zunächst experimentieren und aus Fehlern lernen kann, bevor man es womöglich landesweit einführt. Ziel ist es dort, den Staat zu verschlanken, während die Schweizer Initiative vorrangig einem humanistischen Impuls folgt.

Was passiert, wenn jemand krank wird, aber das bedingungslose Grundeinkommen nicht für die Medikamente reicht?

Die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung könnte man gegebenenfalls durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzen. Bei der Krankenkasse bin ich skeptisch. Jeder, der schon mal eine Operation hatte, ahnt, dass man die Kosten nicht durch ein bedingungsloses Grundeinkommen allein abfedern kann. Also bräuchten wir doch eine Krankenversicherung. Nach dem wirtschaftsliberalen Weltbild müsste das auf dem Markt, also privat, geschehen. Doch letztendlich müsste der Staat einem kranken Menschen, der es versäumt hat, sich gegen Krankheit zu versichern, auch Hilfe anbieten. Alles andere wäre in einer sozialstaatlichen Demokratie moralisch

nur schwer vermittelbar.

Welche alternativen Reformideen zum bedingungslosen Grundeinkommen sehen Sie?

Um Armut zu bekämpfen, gibt es zielgenauere Instrumente. Neben direkten steuerlichen Ausgleichsinstrumenten könnte man zum Beispiel bestimmte staatliche Dienstleistungen – beispielsweise Kitas, den Kindergarten und die Schule einschließlich der Schulbücher und des Schulessens – kostenfrei anbieten. Oder man könnte noch einen Schritt weitergehen und Bibliotheken oder den öffentlichen Nahverkehr ohne Gebühren zur Verfügung stellen.

Was würden Sie machen, wenn Sie von heute auf morgen auf Lebenszeit ein bedingungsloses Grundeinkommen von sagen wir mal 1000 Euro pro Monat bekommen würden?

Ich würde weiterarbeiten, weil mir die Arbeit Spaß macht. Mit den zusätzlichen 1000 Euro würde ich mir einiges an Konsum und Lebensfreude leisten, was bisher zu kurz gekommen ist.

FRAGEN: THOMAS DOMJAHN

ses Grundeinkommen auch für Menschen mit höherem Einkommen ein Anlass wäre, über sich und ihre Arbeit nachzudenken. Viele Hochqualifizierte wollen nicht mehr 50 oder 60 Stunden pro Woche arbeiten und die Selbstausbeutung durch die Arbeit akzeptieren.